

Kapital zu schlagen. Von einigen griechischen Medien und Politikern vor allem links von der *Pasok* (KKE/Kommunistische Partei und SYRIZA) wurde die Debatte über die Macht der Spekulanten geradezu dankbar aufgegriffen. Sie erklären seither wieder das »internationale Großkapital« zum eigentlichen Sünder, so als gäbe es keine hausgemachten Ursachen der Krise. Das »Ausland« für Missstände im eigenen Land verantwortlich zu machen, ist eine (nicht nur aus Griechenland) bekannte Argumentationsfigur. Für den Politikwissenschaftler Heinz-Jürgen Axt »passen in dieses Bild auch die deutsch-griechischen Verstimmungen«, die sich an den polemischen Darstellungen einiger deutscher Medien entzündet haben. Aber Emotion und Polemik helfen weder bei der

Lösung der gegenwärtigen griechischen Krise weiter, noch erleichtern sie die Reformen, die in der EU nötig sein werden, wenn künftig Krisen wie die griechische durch rechtzeitige Warnschranken vermieden werden sollen.

In Griechenland ist nun viel von einem nötigen Mentalitätswandel die Rede – auch dies ein hohes Ziel. Ein solcher Wandel zielt auf die Verantwortung des Einzelnen, insofern ist Papandreou mit seinem persönlichen Vorbild wohl auf dem richtigen Weg. Zur Glaubwürdigkeit eines Neubeginns aber würde auch gehören, die Schuldigen für das über Jahre hinweg angerichtete Finanzdesaster klar zu benennen und zur Verantwortung zu ziehen. Auch das erwarten viele Griechen nun von ihrer Regierung.

Nicole Renvert

Zivilmacht mit angezogener Handbremse

Als 2009 die neue US-Administration unter Barack Obama im langen Reigen der Afghanistan-Konferenzen eine neue Afghanistan-Strategie vorschlug, gab es dafür breite internationale Unterstützung. Denn in einem ist sich die internationale Gemeinschaft einig: Afghanistan darf nicht zu einer Niederlage werden.

Hillary Clintons Forderung nach mehr Engagement in Afghanistan traf ebenso auf offene Ohren wie das Angebot, die beteiligten Länder könnten verschiedene Beiträge leisten, sich also stärker am zivilen oder eben am militärischen Aufbau beteiligen. Mehr als eine Möglichkeit für die internationalen Partner, also auch für Deutschland, sich in Afghanistan einzubringen.

Die Herausforderung für die deutsche Politik greift hier sehr viel weiter als der Afghanistan-Einsatz selbst: Bisher gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage, welche Rolle Deutschland bei internationalen Einsätzen einnehmen will und kann. Der tragische Zwischenfall in Kundus im



Nicole Renvert

(* 1968) studierte Geschichte, Internationale Beziehungen und Politische Wissenschaften, ist seit 2008 Doktorandin an der NRW School of Governance. Persönliche Referentin von Volker Perthes, Direktor der SWP Berlin.

nicole.renvert@swp-berlin.org

Herbst 2009 und die kritischen Diskussionen über die deutsche Rolle in dieser Krisenregion verstellen mitunter den Blick auf ein anderes dringliches Problem, nämlich die strukturellen Defizite in der internationalen Personalpolitik. Dies hat zur Folge, dass bestimmte Versprechen gegenüber den internationalen Partnern, wie

etwa auf der Konferenz in London 2010, nur zögerlich oder gar nicht erfüllt werden können. Die Schwierigkeiten, deutsche Polizisten nach Afghanistan zu entsenden, sind dafür nur ein Beispiel.

Als Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier bei der Afghanistan-Konferenz der SPD am 22. Januar 2010 ihr Afghanistan-Papier präsentierten, luden sie zu einer kritischen Diskussion über den Einsatz und die Festlegung auf ein Abzugsdatum für die deutschen Truppen ein. Die Meinungen darüber sind nicht nur in SPD-Kreisen geteilt. Man sendet das Signal an die verschiedenen aufständischen Gruppen in Afghanistan, dass eine internationale Präsenz kein dauerhafter Zustand sein wird. Es kann aber auch als Zeichen an die Regierung in Kabul verstanden werden, zu einer »verantwortungsvollen Souveränität« zu finden. Doch erst die Rede des ehemaligen Außenministers der Islamischen Republik Afghanistan, Rangin Dadfar Spanta, sprach den Punkt an, der für den Erfolg von Auslandseinsätzen immer entscheidender wird: »Wenn ich die deutsche Kontroverse über die deutsche Mission in Afghanistan verfolge, stelle ich fest, dass die Debatte mehr auf die militärischen Komponenten reduziert wird, obwohl das deutsche Engagement in Afghanistan ein kombinierter ziviler und militärischer Einsatz war und ist. ... und ich danke Ihnen, dass Sie Ihre Töchter und Söhne in unser Land schicken, um beim Wiederaufbau zu helfen.« Gerade aber um diese »Töchter und Söhne« geht es auch in der internationalen Personalpolitik, die von der rot-grünen Regierung neu konzipiert und auch im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und FDP 2009 verankert ist, aber immer noch nicht die notwendige politische Aufmerksamkeit erhält.

Unterschiedliche Krisenherde in den 90er Jahren warfen die Frage auf, welchen Beitrag Deutschland bei internationalen Missionen zur Friedenssicherung leisten könne. Dabei wurde ein Defizit an deutschem Personal sowohl bei internationa-

len Organisationen als auch bei Wahlbeobachtungs-, Friedens- oder Krisenpräventionsmissionen deutlich. Während die Stärkung deutscher Präsenz bei internationalen Organisationen und Besetzung von Schlüsselpositionen als ein langfristiges Ziel erkannt wurde, verlangte die Situation auf dem Balkan schon aufgrund der deutschen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE-Mitgliedschaft (u.a. *Kosovo Verification Mission*) schnelles Handeln. Dabei erwies es sich als äußerst schwierig, entsprechendes Personal zu entsenden. Denn die Bereitstellung von zivilem Personal gilt als viel komplexere Herausforderung, als etwa die einer sofort einsetzbaren militärischen Einheit. Spezialisten, die sich mit Regierungsaufbau, Demokratisierungsmaßnahmen, Wahlausrichtung oder Wahlbeobachtung auskennen, müssen von ihren zivilen Berufen freigestellt werden, um für solche Einsätze zur Verfügung zu stehen.

Personalprobleme

2000 wurde schließlich die *Konzeption 2000*, 2004 der *Aktionsplan der Bundesregierung* vorgelegt, die Kulturpolitik enger mit Friedenssicherung, Konfliktverhütung, Demokratieförderung und der Stärkung von Zivilgesellschaften verbindet. Mit der Schaffung einer Stabsstelle für Internationales Personal im Auswärtigen Amt und des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) wurden erstmalig Instrumente geschaffen, die deutsches Personal für internationale Einsätze rekrutieren und trainieren. Um diese aber effizient zu nutzen, müssen Einrichtungen wie das ZIF finanziell und organisatorisch so ausgestattet werden, dass sie Deutschlands internationalen Verpflichtungen tatsächlich nachkommen können. International einsetzbares deutsches Personal ausfindig zu machen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Ansprüche an diese Personen sind sehr hoch, da sie neben einer exzellenten Aus-

bildung, Regional- und Sprachkenntnissen auch über eine Spezialisierung in einem Fachgebiet und entsprechende *Soft Skills* für die mitunter riskanten Auslandseinsätze verfügen sollten. Außerdem müssen sie kurzfristig einsetzbar sein, da sich internationale Krisen an keinen Zeitplan halten. Neben bürokratischen Hürden, die es zu überwinden gilt, muss das Personal auch finanziell so ausgestattet werden, dass sich ein Auslandseinsatz lohnt. Das Sekundierungsgesetz von 2009 war dazu ein Schritt in die richtige Richtung. Denn hat man etwa Juristen identifiziert, die eine Weiterbildung in einem Krisen- oder Transformationsland durchführen können, scheitert der Einsatz oft am Widerstand der Heimatbehörde in Deutschland. Auch in anderen Bereichen lassen Arbeitgeber wenig Flexibilität erkennen, Personal freizustellen. Ähnliches wissen Polizisten zu berichten, die nach ihrer Rückkehr von einem Auslandseinsatz bei Beförderungen übergangen werden. So sind es vor allem Berufsanfänger, die sich für Missionen rekrutieren oder sekundieren lassen, da sie beruflich und persönlich noch ungebunden sind. Nach ihren Auslandseinsätzen haben sie dann oft Mühe, eine Anschlussposition in Deutschland zu bekommen, da ihnen diese Art der Auslands- und Berufserfahrung nicht unbedingt angerechnet wird.

International hochqualifiziertes deutsches Personal gibt es vor allem im Umfeld internationaler Organisationen. So wäre eine Erweiterung des Wirkungskreises des ZIF, etwa durch ein Liaison-Büro in New York, wie es die vergleichbare schwedische Folke Bernadotte Academy unterhält, ein Beitrag zur größeren Wirksamkeit des Zentrums.

Betrachtet man die Ergebnisse der jeweiligen Afghanistan-Konferenzen, steht außer Frage, dass die Bereitstellung international einsetzbaren Personals eine hohe Priorität genießt und für die Erfüllung internationaler Abkommen unerlässlich ist. Es verlangt daher nach politischen Signa-

len, gerade diesen Beitrag zur internationalen Friedenskonsolidierung zu stärken. Hochrangige Diplomaten und Politiker sollten daher nicht allein die Bundeswehr im Ausland besuchen, sondern auch das zivile Personal einschließen. Es ist eher die Ausnahme, dass eben jene »Söhne und Töchter«, die für Mittlerorganisationen oder in zivilen Missionen im Kosovo oder in Afghanistan arbeiten, die Aufmerksamkeit erfahren, die der ehemalige afghanische Außenminister angesprochen hat. Es reicht nicht aus, ein Instrument für internationales Personal zu schaffen, es muss auch politisch präsent bleiben, besser ausgestattet und möglicherweise weiterentwickelt werden, um den komplexen Herausforderungen internationaler Einsätze zu begegnen.

Glaubwürdigkeit

Dabei gilt es, erstens Barrieren zu überwinden, die eine Entsendung erschweren, zweitens die Institutionen zu stärken, die Rekrutierung und Training dieses Personals übernehmen, und drittens das Personal in den Einsätzen so auszustatten, dass es einen Auslandseinsatz optimal durchführen kann. Das würde nicht nur die Glaubwürdigkeit gegenüber den am Einsatz beteiligten internationalen Partnern verbessern, sondern auch gegenüber der deutschen Bevölkerung. Denn ein riskanter Auslandseinsatz, gerade auch in Afghanistan, lässt sich erklären, wenn man die Notwendigkeit des Zusammenspiels ziviler und militärischer Komponenten vermittelt. Unsere amerikanischen und anderen internationalen Partner verlangen nicht mehr, aber vor allem auch nicht weniger als das: Versprechen müssen gehalten werden, und zwar auch durch die Bereitstellung notwendiger Ressourcen, um erfolgreich zu sein oder eben, wie im Falle Afghanistan, eine Niederlage zu verhindern. Es ist also an der Zeit, die Handbremse der Zivilmacht Deutschland zu lösen.